

Für ein feministisches Europa! Ohne Sozialunion keine Gleichstellung.

Konzept von MEP Monika Vana

Die **Mitgliedschaft in der EU** hat Österreich viele **Veränderungen und Reformen** gebracht, die es in Österreich ohne Beitritt nicht oder erst viel später gegeben hätte, am Arbeitsmarkt: z.B. Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung, Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen u.v.a., in der Bildung: z.B. Erasmus-Austauschprogramm für Studierende u.v.a., im Umwelt- und Klimaschutz: z.B. Energieeffizienz, CO₂-Verordnung, im Konsument*innenschutz, z.B. EU-Sicherheitsnormen für Lebensmittel u.v.a.

Alle diese und weitere positive EU-Politiken wurden von starken Grünen im Europaparlament mitgetragen, viele sogar von uns Grünen initiiert. Unserer lautstarken Grünen Stimme in Europa ist es gelungen, die EU ein Stück weit sozialer, ökologisch nachhaltiger und demokratischer bzw. „bürger*innennäher“ zu machen. Der nicht zu kurzen Erfolgsliste steht aber nach wie vor eine lange To-Do-Liste gegenüber. Nach wie vor werden Entscheidungen der EU–Institutionen viel zu sehr von den Lobbyinteressen der Finanz- und Konzernwelt getrieben. Nach wie vor folgen diese EU–Institutionen den Forderungen eines neoliberal und antisozial sowie antiemanzipatorisch orientierten Wirtschaftsregimes, das bereit ist, den kurzfristigen Profit über alle sozialen, demokratischen und ökologischen Parameter zu stellen. Zum Nachteil für das europäische Projekt, aber und vor allem und ganz besonders zum Nachteil von Frauen*.

Die auseinanderklaffende Lohnschere, fehlende Kinderbetreuungsplätze, insbesondere im ländlichen Raum, sexuelle Gewalt, neoliberale und antifeministische Vorhaben wie der Zwölfstundentag oder die Indexierung der Familienbeihilfe und die zunehmende Akzeptanz von rassistischen und rechtsnationalen Regierungen sind omnipräsent und in der Mitte der europäischen Gesellschaft angekommen. Was wir in den letzten Jahren erleben, ist ein Produkt des Anstiegs rechter und misogynen Gesellschaftspolitik, die einen regelrechten Backlash erzeugt. Dieser Backlash macht auch vor dem Europaparlament nicht Halt.

Auf europäischer Ebene erfahren wir eine neue anti-demokratische und antieuropäische Bewegung, die sich nicht zuletzt durch den Brexit, die Orban-Regierung und die immer unmenschlicher werdende Migrationspolitik zu legitimieren versucht.

Steuerflucht steht an der Tagesordnung und entzieht der öffentlichen Hand Geldmittel, die dringend für das Sozialsystem und den Arbeitsmarkt gebraucht werden. Die brutale Sparpolitik der EU trifft Frauen* hart, auch in wohlhabenden Ländern wie Österreich. Nach wie vor werden Frauen* auch als Konsumentinnen benachteiligt, typische „Frauenprodukte“ wie Tampons sind beispielsweise in vielen europäischen Ländern höher besteuert und gelten als Luxusgüter. Wir Grüne schauen hin!

Was Europa jetzt braucht, ist eine **grün-feministische Antwort**, die echte Lösungen bietet. Einen **Aufbruch in ein neues feministisches Zeitalter** – in dem Geschlechtergerechtigkeit Priorität erhält. Wir Frauen* haben es in der Hand: Die EU braucht einen **substanziellen Kurswechsel**, demokratisch, sozial, ökologisch. Wer die **EU retten** will, muss die **EU verändern!**

Ein Schlüssel zur Gleichstellung ist **ökonomische Gleichstellung** von Frauen* in Europa. Ein Weg dazu ist die Sozialunion. Wir müssen für eine **Sozialunion** kämpfen, als Gegengewicht zur Wirtschafts- und Währungsunion, die soziale Mindeststandards inkl. eine Grundsicherung für alle beinhaltet und das neoliberale Diktat beendet.

Der Weg zu einer geschlechtergerechten Sozialunion

1. Offensive Gleichstellungsstrategie der EU

Ende 2015 ist die Gleichstellungsstrategie der EU ausgelaufen und wurde trotz massiven Drängens des Europäischen Parlaments und von Frauen*organisationen nie verlängert. Die EU als Vorreiterin von Frauen*rechten hat sich vertraglich dazu verpflichtet, die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern herzustellen und zu fördern. Die EU muss eine offensive Gleichstellungsstrategie zur Grundlage für die zukünftige Gleichstellungspolitik machen. Gendermainstreaming muss ganz oben auf der politischen Agenda der EU stehen.

Wir fordern die EU-Kommission auf, eine offensive Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter vorzulegen!

2. Gender Pay Gap schließen

Wir können nicht Jahrzehnte verstreichen lassen bis wir Lohngerechtigkeit erreicht haben!

Die **Lohnschere** in der EU / Österreich liegt bei 16,1 bzw. bei 20,1 Prozent. Wir wollen verpflichtende **geschlechtsspezifische Auswertungen** von Gehältern in Unternehmen, **existenzsichernde Vollzeitarbeit und gerechte Entlohnung von Care-Arbeit**. Wir kämpfen für aktive Arbeitsmarktpolitik und Frauenförderung. Verbindliche soziale Kriterien für jeden Mitgliedstaat (zB im Bereich Jugendarbeitslosigkeit, Armut oder Bildung) sind den rein ökonomischen Wirtschafts- und Währungsunionenkriterien gegenüberzustellen.

Wir fordern die volle Umsetzung der Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen* in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und verpflichtende Aktionspläne zur Schließung der Einkommensschere in allen Mitgliedstaaten.

Die Gleichstellung von Frauen* am Arbeitsmarkt soll Teil der Länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters sein.

3. Frauen*armut erkennen und verhindern

Frauen*armut ist strukturell. Es beginnt damit, dass Berufe, die überwiegend von Frauen* ausgeübt werden, **schlechter bezahlt** werden. Übernehmen sie **Care Arbeit**, ist diese meist unbezahlt. **Nicht alle Teilzeitanstellungen sind selbstgewählt**, sondern eine reale Notwendigkeit um Privat- und Berufsleben vereinbar zu machen. Frauen* sind dadurch eher gefährdet, in **ökonomische Abhängigkeit** und infolge in **Altersarmut** zu geraten.

Wir fordern eine vollständige Anrechnung der Care Arbeit bei den Pensionszeiten, Aufwertung und bessere Bezahlung von überwiegend von Frauen* ausgeübten Berufen sowie Gender Mainstreaming bei Kollektivverhandlungen.

Wir fordern europaweite Mindestlöhne und eine europaweite Grundsicherung, eine europäische Arbeitslosenversicherung und europaweite Arbeitszeitverkürzung (mit entsprechender Änderung der Arbeitszeit-Richtlinie).

4. Balance zwischen Privat- und Berufsleben schaffen

Frauen* übernehmen europaweit nach wie vor den Großteil der Betreuungs- und Pflegearbeit. Dies oftmals unfreiwillig und unbezahlt. Zugleich ist Pflegearbeit ein unterbezahlter Wirtschaftszweig geworden indem vielfach Frauen* aus osteuropäischen Staaten als 24h Pflegerinnen arbeiten.

Wir kämpfen auf EU-Ebene für eine **verpflichtende Väterkarenz** und den „Papa-Monat“, ein **Rückkehrrecht auf Vollzeit** sowie das Recht auf einen Vollzeit-**Kinderbetreuungsplatz** ab Ende der Mutterschutzfrist und fordern einheitliche europäische Ausbildungsstandards für Pflegekräfte.

Auf EU-Ebene kämpfen wir für die rasche Verabschiedung des Work-Life Balance-Packages, die Aufhebung der Blockade der Mutterschutzrichtlinie sowie für eine gerechte Aufteilung der Karenzzeiten mit entsprechender Entlohnung. Gute Mindeststandards für Eltern und Kinder sind ein wesentlicher Bestandteil der Sozialunion.

5. Sexueller Gewalt einen Riegel verschieben

Wir wollen ein **gewaltfreies Leben**. Oberstes Ziel ist es, jegliche Gewalt gegen Frauen* zu bekämpfen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen. Die EU-Grundrechteagentur hat erschütternde Zahlen veröffentlicht: Jede dritte Frau* in der EU hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren und sogar mehr als die Hälfte aller Frauen* sind bereits einmal sexuell belästigt worden. Wir wollen ein Leben frei von emotionaler, psychischer und physischer Gewalt – auch im Internet – erreichen.

Die #MeToo Bewegung hat gezeigt, dass wir eine Null-Toleranzpolitik gegenüber sexueller Gewalt herstellen müssen.

Langfristig müssen wir verstärkt in die Prävention von Gewalt, u.a. durch **gezielte Burschenarbeit und Bewusstseinsbildung** investieren. **Frauen*häuser und die Finanzierung von Sozialeinrichtungen** müssen EU-weit sichergestellt sein.

Wir müssen konsequent **gegen Sexismus in der Werbung** eintreten.

Frauen*feindlichkeit darf in der Öffentlichkeit keinen Platz haben.

Wir fordern die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention von allen EU-Mitgliedsstaaten und eine Null-Toleranzpolitik gegenüber sexueller Gewalt.

6. Quoten & Sichtbarkeit

Gesellschaftlich ist es von großer Bedeutung, dass Frauen* in **Leitungs- und Führungspositionen** sichtbar sind. Denn nur durch diverse Rollenvorbilder bekommen junge Frauen* den Mut, sich hohe berufliche Ziele zu stecken. Wir wollen Macht gerecht verteilen, dafür brauchen wir Sichtbarkeit und Vertreter*innen aller gesellschaftlichen Gruppen. Wir kämpfen für ein **verpflichtendes Quotensystem** auf Führungsebenen in börsennotierten und staatsnahen Unternehmen. Derzeit beträgt der Frauen*anteil aller Abgeordneten im Europäischen Parlament nur 36,1% und nur 9 von 28 Kommissar*innen sind weiblich. Von den acht vertretenen politischen Fraktionen haben nur zwei - darunter wir Grüne - eine weibliche Vorsitzende.

Wir fordern die Mitgliedsstaaten auf, endlich die Blockade der Women on Boards Richtlinie im Rat zu lösen und fordern die EU-Institutionen auf, Gender Balance herzustellen.

7. Gender Budgeting & geschlechtergerechte Verteilung der EU-Mittel

Die EU hat sich in den EU-Verträgen zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting verpflichtet. Im neuen **mehnjährigen Finanzvorschlag** fehlt die Genderperspektive vollständig. Stattdessen plant die EU-Kommission Milliarden in Rüstungs- und Verteidigungsindustrie (**PESCO**) zu investieren. Wir wollen hingegen verstärkt in Klimaschutz und Arbeitsmarkt investieren („Arbeit durch Umwelt“, Schaffung von Green Jobs).

Die **Regionalpolitik** ist der zweitgrößte Budgetposten und Hebel für die Förderung europaweiter Standards, wie etwa die Gleichstellung der Geschlechter. Gerade hier müssen wir sichern, dass Projekte gefördert werden, die auch gendergerecht umgesetzt werden. Zudem müssen wir sicherstellen, dass in der Regionalpolitik die **Zivilgesellschaft partnerschaftlich eingebunden** wird.

Wir fordern, dass die Geschlechtergleichstellung im EU-Haushalt („Gender Budgeting“) umgesetzt wird.

8. Klima- und Energiepolitik ein weibliches Gesicht verleihen

Der Klimawandel ist männlich, die Auswirkung weiblich – diese Logik bleibt leider nicht auf die Grammatik beschränkt. Auch in der Realität ist der Klimawandel nicht geschlechtsneutral. Die Forderung nach **Klimagerechtigkeit** muss deswegen die Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit umfassen. Frauen* sind aufgrund von sozialen Stereotypen, Diskriminierungen und Armut stärker vom Klimawandel betroffen. So kommen bei Naturkatastrophen Frauen* bis zu vier Mal häufiger um als

Männer. Dürre und Wasserknappheit zwingen Frauen*, noch mehr zu arbeiten, um für Wasser, Nahrung und Energie zu sorgen. Doch Frauen* sind nicht nur überdurchschnittlich häufig Opfer, sie sind auch eine wichtige Kraft im Kampf gegen den Klimawandel. Ihr Wissen gibt ihnen wichtige Instrumente in die Hand, um als **treibende Kraft selbst den Wandel zu einer klimastabilen Zukunft einzuläuten.**

Wir fordern, dass die „Geschlechtsblindheit des Klimaregimes“ beendet wird. Im Anschluss an das Pariser Klimaschutz-Abkommen müssen geschlechtsspezifische Politiken im Umweltbereich entwickelt und umgesetzt werden.

9. Gerechte Handelspolitik

Welthandel muss fair gestaltet werden. Derzeit verhandelt die EU über 20 Handelsabkommen, darunter TiSA, TTIP, JEFTA, Mercosur, Australien/Neuseeland. Frauen* sind durch den Druck zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen besonders betroffen. Durch TiSA könnte die **Kluft zwischen Arm und Reich noch weiter wachsen** und zudem demokratische Rechte von Städten und Gemeinden aushöhlen. Wir fordern ein Gender Impact Assessment für Handelsverträge und die Herausnahme der öffentlichen Dienstleistungen aus den Verhandlungen.

STOPP CETA, TTIP, TISA!

10. Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Flucht aus Frauenperspektive gestalten

Primär sind es die herrschenden Machtverhältnisse, die Frauen* ökonomisch, rechtlich und politisch benachteiligen und sie deswegen als Akteur*innen einer geschlechtergerechten Außen- und Sicherheitspolitik unterrepräsentiert sein lassen. Die Umsetzung der UN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen in Konflikten und die gleichberechtigte Einbindung von Frauen* in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbau gehören vorangetrieben. Wird nicht angemessen auf diese Dimension von Konflikten eingegangen, führt sexuelle Gewalt in Kriegen oft zur Normalisierung und einer weiten Verbreitung geschlechtsspezifischer Gewalt in Post-Konflikt-Ländern.

Zwischen 75 und 80 Prozent der Flüchtlinge weltweit sind Frauen* und Kinder. Diese beiden Gruppen sind auf der Flucht auch besonders bedroht. Sexualisierte Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel begleiten sie. Eine gemeinsame Europäische Asylpolitik muss alle Formen von Gewalt gegen Frauen* wie auch staatliche Diskriminierung von Frauen* als Asylgrund anerkennen. Außerdem muss die Situation der Frauen*, die in der EU ankommen, verbessert werden. Frauen* können gerade im Familienzusammenhang einen entscheidenden Beitrag zur Integration leisten. Frauen* gehören ihren Bedürfnissen gemäß speziell unterstützt, um hier Fuß fassen zu können, die Sprache zu lernen und ihre Qualifikationen fördern.

Wir fordern eine stärkere Einbindung von Frauen* in allen Bereichen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Einsatz und Mittel für Gleichberechtigung zum Nutzen aller müssen auch in diesen Bereichen massiv erhöht werden.

11. Reproduktive Rechte

Wir beobachten in ganz Europa, dass rechte und konservative Regierungen ihre Agenda zur Zurückdrängung von Frauen* an den Herd aggressiv durchsetzen wollen. **Lang erkämpfte Frauen*rechte werden angegriffen**, wie etwa **Abtreibungsrechte in Polen**. Wir sind solidarisch mit Frauen* aus allen Ländern und leisten massiven Widerstand.

Auch in Österreich besteht die Gefahr, dass die Rechte von Frauen* infolge der von der Regierung beschlossenen Kürzungen für Frauen*beratungsstellen beschnitten werden.

Wir fordern die EU-Mitgliedsstaaten auf, kostenlose und frei zugängliche, qualitativ hochwertige und sichere sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung und -dienstleistungen für alle zu garantieren sowie verstärkt Forschungsgelder in Gendermedizin zu investieren.

12. Frauen*politik als intersektionales Konzept

Geschlechtergerechtigkeit ist mehr als Frauen*politik. Zu oft wird Frauen*politik **eindimensional** diskutiert. Wir brauchen eine inklusive, intersektionale Politik, die LGBTIQ- Personen, Women* of Colour, Frauen* mit Behinderungen und Migrations- und Fluchterfahrung gleichberechtigt miteinbezieht.

Die Anerkennung des dritten Geschlechts, Adoptionsrechte für LGBTIQ-Personen oder die Eheöffnung für alle wurde durch den unerbittlichen Kampf Einzelner ermöglicht. Zu oft müssen Individuen den rechtlichen Instanzenzug durchkämpfen, damit die Rechte aller endlich anerkannt werden (siehe Urteil zu drittes Geschlecht).

Wir brauchen progressive und intersektionale Verbindlichkeiten auf EU-Ebene, damit wir echte Geschlechtergerechtigkeit erreichen.